



18.308

**Standesinitiative Jura.
Glyphosat und Vorsorgeprinzip**

**Initiative cantonale Jura.
Glyphosate et principe de précaution**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.20 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

18.319

**Standesinitiative Genf.
Schluss mit dem Einsatz
von Glyphosat in der Schweiz**

**Initiative cantonale Genève.
En finir avec l'utilisation
du glyphosate en Suisse**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.03.20 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt mit je 6 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den beiden Initiativen keine Folge zu geben.

Hegglin Peter (M-CEB, ZG), für die Kommission: Gerne rapportiere ich zu beiden genannten Standesinitiativen.

Am 10. Juni 2018 hat der Kanton Jura die Standesinitiative 18.308, "Glyphosat und Vorsorgeprinzip", eingereicht. Das Parlament des Kantons Jura fordert die Bundesversammlung damit auf, die Vermarktung und Verwendung von Roundup und ähnlichen glyphosathaltigen Produkten so schnell wie möglich schweizweit zu verbieten. Begründet wird die Initiative wie folgt:

Das jurassische Parlament hat schon 2015 eine Motion angenommen, mit der die Regierung beauftragt wurde, einerseits sicherzustellen, dass in den Geschäften glyphosathaltige Produkte aus dem Angebot entfernt werden, und andererseits mit einer Informationskampagne auf die Gefahren der Produkte hinzuweisen und den kantonalen Ämtern die Verwendung zu verbieten. Da die Anliegen der Motion nur teilweise erfüllt werden konnten, sollen mit dem Vorstoss auf Bundesebene die Massnahmen des Kantons gestärkt werden.

Mit einer weiteren Motion vom 23. November 2016 wurde die kantonale Regierung beauftragt, bis zur Umsetzung des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel mit kantonalen Massnahmen eine Verringerung des Pestizideinsatzes um 50 Prozent zu bewirken. Im Weiteren wird auf Beschlüsse der Europäischen Kommission verwiesen, in welchen über eine Verlängerung der Zulassung beraten wurde. Frankreich hatte eine Verlängerung mit der Begründung abgelehnt, dass Glyphosat sehr giftig sei.

Der Kanton Jura will sich für eine Landwirtschaft einsetzen, welche die Gesundheit nicht gefährdet und den Erhalt der Lebensgrundlagen ernst nimmt; dies auch unter Verweis auf Artikel 104 der Bundesverfassung,



wonach neben einer auf den Markt ausgerichteten Lebensmittelversorgung auch der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen anzustreben sei. So viel zur Standesinitiative Jura.

Am 15. Oktober 2018 reichte der Kanton Genf dann seine Standesinitiative mit dem Titel "Schluss mit dem Einsatz von Glyphosat in der Schweiz" ein. Das Parlament des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, den geordneten Ausstieg aus der Glyphosatnutzung in die Wege zu leiten

AB 2020 S 117 / BO 2020 E 117

und die landwirtschaftliche Forschung, namentlich die Suche nach Alternativen zu Glyphosat, zu verstärken. Begründet wird die Standesinitiative wie folgt:

1. In der Westschweiz seien in 37,5 Prozent der Proben und in nahezu allen 170 vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit untersuchten Produkten Spuren von Glyphosat gefunden worden.
2. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation habe im März 2015 Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend eingestuft.
3. Dieses Herbizid könne über die Nahrung in den menschlichen Körper gelangen und dort kumulative und chronische Wirkungen erzeugen.
4. Glyphosat verunreinige Gewässer, Böden und Pflanzenwelt und gefährde die Tierwelt.
5. Die wissenschaftlichen Studien, gemäss denen Glyphosat nur wenig gefährlich ist, seien vermutlich nicht korrekt, wie die jüngsten Medienberichte über die Manipulation von wissenschaftlichen Publikationen durch den internationalen Grosskonzern Monsanto zeigten.
6. Die Schweizerbürgerinnen und -bürger hätten eine Petition eingereicht und zwei Volksinitiativen zum Verbot von Glyphosat lanciert.
7. Mehrere europäische Regierungen, namentlich Frankreich, Österreich und Italien, sprächen sich gegen die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat in der EU aus.
8. Es gebe in der Landwirtschaft vielversprechende Alternativen zu Glyphosat, und die glyphosatrafreie biologische Landwirtschaft habe in den letzten Jahren einen rasanten Aufschwung erlebt.
9. Der Kanton Genf wende in der Landwirtschaft mit dem Verbot gentechnisch veränderter Organismen und Nutztiere das Vorsorgeprinzip bereits an.

Dies die Argumente der Standesinitiative Genf.

Ihre WAK-S beriet die Standesinitiativen am 20. Januar dieses Jahres. Ebenfalls zur Debatte standen die Petition Fischer Eugen Theodor 17.2020, "Für ein Glyphosatverbot", sowie die Petition 16.2004, "Glyphosat verbieten – jetzt!", von Greenpeace, Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, der Stiftung für Konsumentenschutz und der Fédération romande des consommateurs. Schlussendlich beriet Ihre WAK-S an diesem Tag die parlamentarische Initiative 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren". Dabei hat die Kommission den Sorgen der Initianten Rechnung getragen und bindende Bestimmungen zur Reduktion der Pestizide und Biozide in Bericht und Gesetzestext aufgenommen. Die vorgeschlagene Neuregelung orientiert sich inhaltlich am Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundesrates und an dessen Fahrplan zur Risikoreduktion bei deren Einsatz. Die im Aktionsplan des Bundesrates anvisierten Reduktionsziele haben aber keinen bindenden Charakter, weshalb die Kommission nun einen Absenkpfad mit quantifizierten Reduktionszielen für die Risiken beim Einsatz gesetzlich verankern und so die Verbindlichkeit in der Umsetzung der Vorgaben deutlich erhöhen will.

Der Vorentwurf sieht vor, dass die Risiken durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser bis 2027 um 50 Prozent reduziert werden, wobei eine Minderheit darüber hinaus eine Reduktion der Risiken um 70 Prozent bis 2035 verankern will. Als biologisch aktive Wirkstoffe werden neben Pestiziden nicht nur Pflanzenschutzmittel, sondern auch Biozidprodukte angewendet. Dementsprechend sollen auch die Risiken, die mit dem Einsatz von Bioziden verbunden sind, vermindert werden. Der Gesetzentwurf schafft die hierfür erforderlichen Grundlagen im Landwirtschafts- respektive im Chemikaliengesetz. Damit schliesst die Neuregelung sämtliche Anwendungsbereiche ein, neben der Landwirtschaft also auch den Pestizideinsatz der öffentlichen Hand und Privater.

Die Kommission ist der Ansicht, mit ihrer Vorlage den Einsatz von Pestiziden restriktiver regeln und die Risiken für Mensch, Tier und Umwelt deutlich reduzieren zu können. Sie will damit einen Beitrag zu einer weiterhin uneingeschränkten Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigem Trinkwasser sowie zu einem besseren Schutz der Artenvielfalt leisten. Sie nahm den Vorentwurf dann in der Gesamtabstimmung einstimmig an und verabschiedete ihn für die Vernehmlassung. Die Vernehmlassung dauerte bis Mitte Februar und war mit einer Medienmitteilung angekündigt worden. Ihre WAK wird sich im zweiten Quartal dieses Jahres wieder mit dieser Angelegenheit befassen.

Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass die Anliegen der beiden Standesinitiativen Jura und Genf im



Rahmen der eben erwähnten parlamentarischen Initiative zielführend integriert worden sind. Damit kann die angestrebte Risikoreduktion beim Pestizideinsatz herbeigeführt werden. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte und im Sinn der Parlamentseffizienz, keine Doppelspurigkeit zu schaffen, beschloss die Kommission mit je 6 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Standesinitiativen keine Folge zu geben.

Ich empfehle Ihnen im Namen der Mehrheit der Kommission, den Anträgen zu folgen und den Standesinitiativen keine Folge zu geben.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): Conformément aux usages de ce conseil, je n'ai pas déposé de proposition de minorité en faveur de ces deux initiatives cantonales, bien que je leur sois en réalité favorable. Ma position n'a, vous l'avez entendu, obtenu qu'un soutien très modéré en commission, et c'est pour cela que je n'ai pas formé de minorité.

Permettez-moi cependant de dire quelques mots sur ce dossier en tant que représentante du canton de Vaud, où la question du glyphosate soulève beaucoup d'inquiétude, comme dans les cantons du Jura et de Genève qui nous interpellent aujourd'hui.

En juin 2019, le Grand Conseil du canton de Vaud a en effet décidé à une très large majorité de mettre en place un programme de sortie du glyphosate visant la renonciation totale à ce produit à partir de 2022 pour tous les domaines vaudois, qu'ils soient exploités en agriculture, en viticulture ou en arboriculture. Cette décision vaudoise a été prise sur la base du principe de précaution également évoqué par les cantons du Jura et de Genève. Le glyphosate est en effet un produit très contesté. En 2015, le Centre international de recherche sur le cancer, un organe de l'OMS, l'a classé dans la catégorie des cancérigènes probables pour l'homme, en se basant notamment sur des études indépendantes. Peu après, l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) et l'Agence européenne des produits chimiques contredisaient cette évaluation. Cependant, l'EFSA a été accusée depuis d'avoir basé son rapport sur la demande de réautorisation du glyphosate déposée par l'entreprise Monsanto elle-même; une centaine de pages auraient été reprises telles quelles.

Après deux ans de discussions et de polémiques, la Commission européenne a accepté, de justesse, de prolonger l'autorisation du glyphosate. Mais on en a ramené la validité à cinq ans seulement. La polémique n'a pourtant pas cessé depuis. Le laboratoire de pharmacologie et de toxicologie de Hambourg, dont certaines études illustrant l'innocuité du glyphosate ont servi de base au débat de la Commission européenne, a en effet été récemment accusé de fraude.

Plusieurs pays européens, qui s'étaient montrés critiques face à la prolongation de l'autorisation du glyphosate, ont pris, peu après, des décisions allant dans le sens de ce que demandent les cantons du Jura et de Genève dans leurs initiatives cantonales respectives, à savoir de s'émanciper progressivement, et dans un certain délai, du glyphosate. Il ne s'agit donc pas, de la part de ces deux cantons, d'une demande ou d'une démarche isolée.

Notre conseil – je ne peux que le constater à regret – ne donnera pas suite à ces initiatives cantonales. Cependant – et cela a été relevé à l'instant par notre rapporteur –, la Commission de l'économie et des redevances a intégré dans l'initiative parlementaire 19.475 qu'elle a déposée, intitulée "Réduire le risque de l'utilisation de pesticides", dont l'avant-projet a été soumis à consultation, la possibilité de révoquer l'autorisation des substances présentant des risques particulièrement importants si les objectifs de réduction des risques fixés dans cette initiative menacent de ne pas être atteints. C'est un progrès qu'il faut saluer, même si je considère qu'il

AB 2020 S 118 / BO 2020 E 118

ne répond pas complètement aux demandes des cantons du Jura et de Genève.

En outre, le Conseil fédéral et le Conseil national ont accepté mon postulat 17.4059, "Utilisation du glyphosate. Etudier l'opportunité et les modalités d'un plan de sortie progressive". La publication du rapport lié à ce postulat est prévue pour cet automne et devrait montrer de quelle manière nous pourrions nous émanciper de ce produit, quels obstacles se présenteraient le cas échéant dans une telle démarche et dans quels domaines des solutions, des alternatives doivent encore être trouvées. Ce rapport pourra certainement constituer une bonne base pour la poursuite des discussions autour de l'usage du glyphosate, car je suis certaine que ces discussions seront amenées à se poursuivre, que ce soit en Suisse ou en Europe.

18.308, 18.319

*Den Initiativen wird keine Folge gegeben
Il n'est pas donné suite aux initiatives*